

28. Oktober 2009

Medienmitteilung

Abstimmungsparolen 29. November 2009

Die Mitgliederversammlung der Grünen Baselland fasste am 22. Oktober in Allschwil die Abstimmungsparolen und empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern:

JA zur Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

Mit Schweizer Kriegswaffen sterben in weltweiten Konflikten täglich Menschen. Schweizer Rüstungsfirmen beliefern zahlreiche Länder, die in Konflikten involviert sind oder grobe Menschenrechtsverletzungen begehen. Dieser Zustand ist einer humanitären Schweiz unwürdig.

Das Waffenausfuhrverbot schadet der Wirtschaft nicht, weil der Bund während zehn Jahren betroffenen Regionen in der Schweiz bei der Schaffung von zivilen Arbeitsplätzen hilft. Durch Rüstungskonversion können gemäss einer Studie des BFE 63'000 Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien und Energiesparmassnahmen geschaffen werden.

NEIN zur Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

Minarette bedrohen uns nicht. Einen Ausnahmeartikel in die Bundesverfassung zu setzen, der die Freiheitsrechte der Muslime willkürlich beschränkt, wäre ein klarer Verstoss gegen die Menschenrechte.

Eine Annahme der Minarettinitiative würde die Schweiz zudem in die Reihe jener Staaten stellen, welche die Religionsfreiheit beschränken. Die rechtliche Diskriminierung könnte ausgerechnet jene Kräfte stärken, die den Islam ideologisch missbrauchen, weil sie Muslime im Gefühl bestärkt, sich wehren zu müssen. Der heute konstruktive Dialog zwischen den Religionen würde schwer belastet.

NEIN zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr

NEIN zum Beitritt des Kantons Basel-Landschaft zum Konkordat über Massnahmen gegen und NEIN zur Änderung des Polizeigesetzes

Das Konkordat und die Änderung des Polizeigesetzes setzen den Hebel gegen Hooligans am falschen Ort an: Sie schrauben an den Grundrechten. Die Unschuldsvermutung, eines unserer höchsten Rechtsgüter, droht durch die vorgeschlagenen Massnahmen ausgehöhlt zu werden, ebenso das Willkürverbot. Der schönfärberische Begriff Polizeigewahrsam ist nichts anderes als Präventivhaft. Und diese ist mit der europäischen Menschenrechtskonvention nicht in Einklang zu bringen. Der vorgeschlagene Weg im Konkordat und Polizeigesetz führt in die Richtung eines autoritären Rechtsstaates.